

Berliner

# Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 10. April 1919

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt  
Illustrierter Familien-Zeitung  
und illustriertem Witzbuch ULK

Erscheint täglich zweimal. Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Berlin-Berlin und vierzehn Orten der Provinz Brandenburg-Potsdam, Sachsen u. Hessen. Ausg. mit 40-52 wöchentlich. M. 1,75 monatlich. Abonnementsspreis bei Postbeamtenkasse. M. 1,75 monatlich. M. 525. Insertionspreis die Zeile 20 Pf. mit 45 Pf. Zusatz, für Stellenangebote und Gesuche 70 Pf. mit 45 Pf. Zusatz, für Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 80 Pf. mit 50% Zuschlag. - Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. - Redakt. u. Haupt-Exp.: SW, Jerusalemer Str. 45-49. Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; L. F. Fernwerk: Nr. 14207-14208. Chefredakteur: Otto Naecke.

Filialen: Merkmal, Klopstockstr. 67-69; Wiesenerstr. 1-4; Frankfurtallee 200; Preuß. Allee 26; Potsdam, Str. 101; Grunewald, Str. 107; Schönholz 144; Schleissheim 4; Fasanenstr. 1; Müllerstr. 185; Badstraße 61; Königstr. 66-67; Rosenthaler Str. 49; Rathausstr. 5; Turnstr. 81; Potsd. Str. 33; Leipziger Str. 103; Zionskirchstr. 18; Blücherstr. 20; Charlottenstr. 24; Kaiserallee 19; Ritterstr. 19; Gneisenaustr. 20; Wilmersdorfer Str. 20; Karlstr. 24; Kurfürstendamm 24; Ritterstr. 19; Gneisenaustr. 20; Gneisenaustr. 20; Lichtenberg, Frankf. Allee 51; Lichterfelde-West (Gärtnerstr. 1-2); Neukölln: Breite Uferstr. 41; Hermannstr. 35-36; Panhow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schönberg: Hauptstr. 25-24; Martin-Luther-Str. 9; Sieglitz: Albrechtstr. 100; Potsdam: Brandenburger Str. 10; Brandenburg: Hauptstr. 12; Köpenick: Gutsstr. 10; Kaiserparkplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungstr. 48; Niederschönhausen: Brücknerstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8. Druck und Verlag: Rudolf Moese, Berlin SW.

## Soll die Revolution ersaufen?

Eine Bergarbeiterchaft, die die Kohlenschächte ersaufen läßt, ersaufen die Revolution!

**K. V.** Diese Worte rief gestern der Delegierte Kaliski in den Rätekongress. Die Debatte über den Ruhrstreit gestaltete sich zu einer überraschend erregten, alles in allem genommen boten die aufeinanderfolgenden Gegenläufe ein symbolisches Bild von der Bevölkerung und inneren Verfeindung der Arbeiterschaft. Die Redner der Unabhängigen, die alle Schulden am Zusammenbruch endlosen Bergarbeiterstreiks und Unruhen der Regierung zumuteten, sahen sich einer überwiegenden Mehrheit gegenüber, als sie verlangten, daß den Streikenden im Ruhrrevier die Sympathie des Kongresses ausgesprochen und die Regierung erfuhr, werden sollten, das braucht wohl niemand mehr vorausgesetzt zu werden. Wir müssen aus diesen Ziegerchännern der Streiks heraus, wenn wir überhaupt noch einmal bessere Tage erleben wollen! Daran muss jeder mitarbeiten. Denn wir sind alle auf Gedank und Verderb miteinander verbunden.

Während das eiserne Gesetz der Not auf einen Streikschluß im Ruhrgebiet hindringt, droht ein neues Unglück über uns hereinzubrechen. Die Eisenbahnbahnen beweisen, die sich Handwerkern und Arbeitern gegenüber befreit fühlen, drohen mit dem Ausstand, und gleichzeitig greift eine radikale Eisenbahnerarbeitergruppe zur Streikwaffe, um die gesamte deutsche Eisenbahn unter eine Räteverwaltung zu bringen. Dieses neue Unglück muß verhindert werden! Auf jeden Fall. Denn was ein Eisenbahnerstreik für uns bedeutet würde, und hierbei sprach Kaliski auch dass die Söhne vorangestellte Wort. Er bemühte sich, die Ungehorsamschaft des Gedankens den Unabhängigen, die sich hinter die Streikenden stellten, klar zu machen und plädierte für einen von Cohen-Reuß vorgeschlagenen Appell an die Bergarbeiter, in dem die aufgefordert werden, von ihrem Blame abzusehen, damit das Volk von dem durchbaren Unglück verschont bleibe, das mit dem Erfüllen der Schächte für dieses verbunden sei. Die Debatte blieb fortwährend erregt. Als es sich darum handelte, auch an die Reichsregierung einzufließen, um die Bergarbeiter, die unter Wirtschaftsleben ruinierten, die eine politische Anarchie heraufzuführen, die jeden Anderbestrebenden mit den brutalsten Mitteln terrorisieren. Es geht aber auch nicht an, daß die deutsche Regierung, wie sie es in den ersten Tagen getan hat, einfach erklärt: "Wir verhandeln mit euch überhaupt nicht!" und schließlich, fünf Minuten vor der letzten Drohung der Arbeiter, doch nachgibt. Das ist kein neue Regierungskunst! Das ist kein neue Arbeitspolitik, sondern eine neue Volkspolitik, wie man von den Männern erwarten mußte, die die Psyche des Arbeiters kennen. Die Regierungsmänner scheinen nicht zu wissen, daß sie mit dem Witschmatch einer Politik des starken Armes und verzweiflungsvoller Nachgiebigkeit nichts erreichen, höchstens vielleicht den gegenteiligen Erfolg, daß der radikale Herrscher durch eine derartige Halskugelfest Wasser auf die Wähler gefüllt wird. Wir finden nicht der Ansicht, daß unser Volk verdorben bis auf die Knochen ist. Es ist in der Wahrheit wohl französisches, aber doch nicht unheilbar. Die Behandlung dieses Volkes, von dem zwölf Millionen Männer jahrelang härtestes Kriegselend, fünfzig Millionen Frauen, Kinder, Jugendliche und Greise elenden Hunger gelitten haben, das bis zum 9. November das untreiste Volk der Erde gewesen ist und im Augenblick des bestreitenden Zusammenbruchs auseinanderfiel, ein solches Volk kann nicht mit denselben Mitteln behandelt werden, die das alte System in seiner Apotheose hatte. Wir haben neulich schon einmal gesagt, daß es unbedingt nötig sei, sich zu einem neuen Geiste zu befreien. Wenn wir ihn nicht endlich finden und in alle Konflikte und Wirren hineingetragen, dann werden wir noch lange auf Besserung warten können. Wir hatten jetzt mit verschärfter Spannung auf das Ergebnis der Verhandlungen an der Ruhr und geben unsere leichte Hoffnung auf die Vernunft trockenstem nicht auf. Wir sind überzeugt, daß sich ein Weg finden lassen wird, um mit den Bergarbeitern sich zu verstündigen, damit bald die Kohletransporte wieder rollen. Die Hunderttausende der Bergarbeiter unten im Berglanden müssen dazu alles daran-

sehen, daß die paar hundert Meter in ihren Reihen nicht mehr hinzukommen; denn noch ein ein diester wochenlangen Streiks können wir uns nicht mehr leisten. Ein Mitarbeiter des "Römerbergs" hat ausgerechnet, daß allein die Räteverluste, die die letzten Ausstände verursacht haben, uns einen neuen Verlust von sechzehn Milliarden Mark geschaffen haben.

Die Mark ist im Auslande nur noch den vierten Teil des ehemaligen Sachsens wert, und was das fordern möchte des Wertes gerade jetzt bedeutet, wo die ersten Lebensmittel mit deutschem Geld oder deutscher Ware bezahlt werden sollen, das braucht wohl niemand mehr vorausgesetzt zu werden. Wir müssen aus diesen Ziegerchännern der Streiks heraus, wenn wir überhaupt noch einmal bessere Tage erleben wollen! Daran muss jeder mitarbeiten. Denn wir sind alle auf Gedank und Verderb miteinander verbunden.

In diesem Falle wäre es für die Polen ein leichtes, ihre Machtkräfte in Paris bei Lloyd George und Wilson durchzudrücken, die heute wenigstens noch einigermaßen das Anrecht Deutschlands auf dieses alte deutsche Gebiet anerkennten. Wie selten in der Geschichte liegt heute das Geschick eines ganzen Volkes in der Hand zweier Berufskräfte. Mögen die Bergarbeiter erkennen, worum es sich handelt und mögen die Eisenbahner in der letzten Minute sich der ungeheueren Verantwortung gegenüber ihrem Volke, ihren eigenen Frauen und Kindern bewußt bleiben. Bergarbeiter sie, was wir nicht zu glauben wagen, dann werden nicht nur die Kohlenschächte und die deutsche Revolution ersaufen, sondern mit ihr das Volk, wir alle.

## Der zweite Rätekongress.

Cohen-Reuß über die Fehler der Sozialdemokratie.

Im weiteren Verlaufe der Vormittagssitzung sprach der Delegierte Stolt über die Wünsche der Soldaten. Für die Demokraten sprach dann Lehrer Flügel (Berlin), der von allen Parteien mit Aufmerksamkeit angehört wurde. Flügel erklärte zunächst, daß seine Fraktion mit allen zulässigen Mitteln sich gegen die Taktik wehren würde, die Debatte auf rein agitatorisches Gebiet hinzuverziehen. Zum Bericht des Zentralrats übergehend, zollte der Redner dem Zentralrat die Anerkennung, daß er doch ein gut Stück ehrliche und eindrückliche Arbeit geleistet habe. Sah entschieden verurteilte der Redner die Gewaltmethoden im politischen Kampfe. Keine Regierung darf ohne Machtmittel sein, sonst werde sie

## zum Boxanz und Spielball

in der Hand skrupelloser Elemente. (Zuruf bei den Unabhängigen: "Das ist sie ja!") Wenn zu Weihnachten die Berliner Garnison sich nicht neutral erklären hätte, dann hätten wir die Freiwilligenkorps überhaupt nicht bekommen. Auch unserer Ideale sind die freiwilligen Truppen nicht. Wir verlangen vielmehr ein Volkssheer, und wir verlangen auch zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eine Sicherheitswehr, deren Mitglieder aber aus allen Bevölkerungsklassen entnommen sein müssen. Das Recht auf Arbeitserweiterung erkennen auch wir an, aber nur da, wo es sich um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt. Bei dem gegenwärtigen Stand unseres Wirtschaftslebens aber ist der Streik ein wirtschaftlicher Selbstmord. Und auch wirtschaftliche Streiks haben ihre Grenzen an dem Wohl der Gesamtheit. (Zuruf: Wer entscheidet, wo diese Grenze ist?) Das Reichsamt empfand den gesamten Volks. Zum Problem der Sozialdifferenzierung vertrat der Redner den Standpunkt, daß das Wirtschaftsleben nicht mit einem mal umgestüpft werden kann. Die Auswirkungen habe nur so einen Zweck, wo die

Betriebe einen Überbruch ergeben und die Produktion gesteigert werden kann. Der Redner schloß mit einem Appell, die gegenseitige Verleidung der Parteien einzustellen, und sich zu bemühen, einander näher kennen und verstehen zu lernen.

In der Nachmittagssitzung sprach als erster Redner

Max Cohen (Neukölln).

der u. a. ausführte: Die sozialistischen Parteien haben nicht nur während der Revolution sondern während ihrer ganzen vierzigjährigen Tätigkeit schwere Fehler begangen. Wir gingen nicht die Schwierigkeit derjenigen, welche in den Regierungen zu arbeiten hatten,

wir faulten seit erbarmen mit ihnen,

übten eine unmachlichtliche Kritik an ihrer Tätigkeit und schieden in übertriebener Weise die Vorzüge unserer Ideale. Diese Politik betreibt leider die Unabhängige Partei auch heute noch aus agitatorischen Gründen. Auch der Zentralrat hat Fehler gemacht. Der schwerste war wohl der, daß er die Schwierigkeiten innerhalb der Regierung, insbesondere zu der Zeit, da auch die Unabhängigen noch nicht sicher waren, zu sehr von folgigen Gefahrenkünften aus betrachtete. Die Revolution haben wir nicht erkämpft, sie ist uns als reife Frucht in den Schoß gefallen, als Folge der sozialistischen Strategie. (Widerspruch und Beifall) Richard Müller hat die Dinge hier so gezeigt, wie sie den Tatsachen nicht entsprechen. Die Unabhängigen konnten aus dem ersten Rätekongress keinen größeren Fehler machen, als die Beteiligung am Zentralrat abzulehnen. Es war dies nichts weiter als eine hohle, auf agitatorische Wirkung berechnete Demonstration. Die verhüllten "Misverständnisse" Richard Müllers sind leider keine Misverständnisse, sondern wohlüberlegte Aktionen der Gegenseite gewesen. Ich will hier keiner der sozialistischen Gruppen die Schuld für die blutigen Zusammenstöße unterstellen, aber wenn man uns angreift,

müssen wir uns wehren.

Die Diktatur in Russland und in den deutschen Städten, wo Unabhängige und Kommunisten die Herrschaft haben, zeigt, daß Sie noch viel schärfster vorgehen würden. (Zuruf: Das ist Diktatur im Interesse des Sozialismus. — Heiterkeit) Hätten die Unabhängigen auf dem ersten Rätekongress ihre Vertreter in den Zentralrat gesetzt, dann hätten alle die Misverständnisse vermieden werden können, dann waren wir weiter, als wir heute sind. (Beifall rechts.) Es wird der Regierung immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie statt Arbeitsehelnen Freiwilligenverbände gründet und in ihnen reaktionäre Offiziere aufnimmt. (Zuruf Dr. Geyer.) Wenn Sie, Genosse Geyer, auf der Straße angegriffen werden, dann werden Sie auch denjenigen, der Ihnen Hilfe bringt, nicht erst nach seinem Namen fragen, sondern zufrieden sein, daß Ihnen überhaupt Schutz gewährt wird. Die Märzunruhen gingen weder von einer politischen Partei, noch von den Truppen aus. Erst als in der Gegend des Alexanderplatzes Dutzende von Geschäften plündert wurden, und Tote auf den Straßen lagen, schritten die Regierungstruppen ein. Wenn die Spartacists auch mit diesen Plünderern nichts zu tun haben,

so freuen sie sich doch

über diese Dinge, weil sie hoffen, bei solchen Gelegenheiten zur Macht kommen zu können. Nach den Unabhängigen haben, wie die blutigen Ereignisse in Berlin zeigen, ihre Leute nicht fest in der Hand. Die Kohlesträfe findet in unserer Löse das Schlimmste, was uns passieren kann. Die Arbeiter laufen ja leider immer wieder denjenigen nach, die ihnen am meisten versprechen. (Zuruf bei den Unabhängigen: Sozialdemokratien.)

Inzwischen sind zwei Vertreter des

Petersburger Arbeiterrates

erschienen und die Versammlung erteilt ihnen die Genehmigung, als Gäste den Verhandlungen zu folgen.

Darauf ergreift Brak (Anklam) das Wort: Sie alle haben die Vorbereitungen der Rosa-Garde da draußen gefeiert und die Flugblätter gelesen, die das Volk in eine Pogromstimmung hineinpressten wollen. Die Neuversetzung der Stellen der Regierung sei im Interesse der Arbeiter erfolgt. Ich weiß aber nicht, ob Herr Rosa in Wirklichkeit dem Interesse der Arbeiter dient. Dann ist es auch nicht wahr, daß eine augenblickliche Mehrheit hinter der jetzigen Regierung steht.

Ruhrmehr nahm

Reichsminister Wissell

das Wort. Er wandte sich zunächst gegen Cohen, um die Unterstellung zurückzuweisen, Gräberger habe Verhandlungen mit der Entente so daraufstellen gelassen, um nachher möglichst zu glänzen. Diese Anschuldigung sei in jeder Beziehung ungerechtfertigt. Wenn Brak das Bestreben zu gemeindamer Arbeit begrüßt habe, so fehle seine eigenen Ausführungen nicht dazu angehn, bei den Unabhängigen auf eine solche Abstimmung zu lassen. Wenn die Unabhängigen der Ruhrzeugung sind, daß die Regierung "Sozialpfelei" treibe, ein Vorwurf, den er mit aller Entschiedenheit zu erwidern müsse, so sei allerdings die Möglichkeit eines Zusammenarbeits nicht gegeben. Wissell führt weiter aus: Wir wissen genau, daß in Deutschland der russische Rubel gerollt hat.

(Zuruf Brak: Mit deutschem Gold ist in Russland der Bolschewismus unterstellt worden!) Die Ausführungen

Sonne von neuem zu schüren. Was wollen Sie denn heute sozialisieren? Das ganze deutsche Wirtschaftsleben ist ein Schutthaufen, eine Steinwüste (Brah ruft: „Die Sie geschaffen haben“), und an diesem Trümmerfeld haben die Unabhängigen ein gut Teil Mitschuld. (Unruhe bei den Unabhängigen.) Aber diese Schuld wird einmal die Geschichte urteilen. Mit diesem Bebauern muss ich feststellen, daß die Lebensmittelgeschäfte mit Ballast ausfahren müssen, weil unsere Volkswirtschaft nicht über die Güter verfügt, mit denen wir die eingeführten Lebensmittel bezahlen müssen. Jeder Tag des Streiks führt dazu, daß die Arbeiter geradezu

#### das Brot in den Boden treten,

das zur Ernährung so bitter notwendig ist. Ein Gefühl der grenzenlosen Überforderung der eigenen Kraft, des eigenen Rönnens hat die Arbeiter erfaßt und Sie (zu den Unabhängigen) haben als uns übermächtig gefeigerte Bewußtsein großgezogen. Wo haben Sie den Arbeitern je gesagt, daß die Hände nicht in den Himmel wachsen? (Brah: „Neben mir“) Sie sehen jeden Streik als das einzige Mittel an, das zur Gefundung der Verhältnisse führen soll. (Brah: „Das haben Ihnen Ihre Spieße erzählt“) Hier auf dem Kongress muß einmal den Arbeitern mit aller Deutlichkeit gesagt werden, wie es in Wirklichkeit mit unserer Volkswirtschaft steht. Es muß ihnen gelacht werden, daß nur einen ganz fümmelichen Rest der Volkswirtschaft aufrechterhalten können. Wir sehen uns jetzt vor die Frage gestellt, von klein an aufzubauen, und als Bausteine haben wir nur unsere Arbeitskraft und die Rohstoffe, die wir noch jetzt vom Auslande bekommen sollen. In einer Zeit, in der wir mit den Nahrungsmitteln nicht bis zur nächsten Ernte reichen, gilt es mit allen Fasern und Fibern zu schaffen. (Sturmischer Beifall bei der Rechtfertigung, Bravorufen und Handclatschen.)

(Schluß: 6 Uhr 20 Minuten)

### Abbruch des Magdeburger Streiks.

Gewerkschaftssekretär Krüger Polizeipräsident.

Magdeburg, 9. April.

Generalmajor Maerker hat den Gewerkschaftssekretär Krüger zum Polizeipräsidium ernannt und die Auflösung des Wachregiments verfügt, dessen Mannschaften an den leichten Plünderungen stark beteiligt waren. Auch die Bürgerwehr wird aufgelöst und dafür eine Einwohnerwehr aus der Bevölkerung gebildet. Eine Versammlung der Streikenden hat heute nachmittag beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Personen verhaftet, darunter viele Matrosen.

Generalmajor Maerker hat den Gewerkschaftssekretär Krüger zum Polizeipräsidium ernannt und die Auflösung des Wachregiments verfügt, dessen Mannschaften an den leichten Plünderungen stark beteiligt waren. Auch die Bürgerwehr wird aufgelöst und dafür eine Einwohnerwehr aus der Bevölkerung gebildet. Eine Versammlung der Streikenden hat heute nachmittag beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Personen verhaftet, darunter viele Matrosen.

Generalmajor Maerker hat den Gewerkschaftssekretär Krüger zum Polizeipräsidium ernannt und die Auflösung des Wachregiments verfügt, dessen Mannschaften an den leichten Plünderungen stark beteiligt waren. Auch die Bürgerwehr wird aufgelöst und dafür eine Einwohnerwehr aus der Bevölkerung gebildet. Eine Versammlung der Streikenden hat heute nachmittag beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Personen verhaftet, darunter viele Matrosen.

Generalmajor Maerker hat den Gewerkschaftssekretär Krüger zum Polizeipräsidium ernannt und die Auflösung des Wachregiments verfügt, dessen Mannschaften an den leichten Plünderungen stark beteiligt waren. Auch die Bürgerwehr wird aufgelöst und dafür eine Einwohnerwehr aus der Bevölkerung gebildet. Eine Versammlung der Streikenden hat heute nachmittag beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Personen verhaftet, darunter viele Matrosen.

### Minister Bauer im Ruhrgebiet.

Berlin, 9. April. (T. II.)

Pie die Telegraphen-Kompanie erfährt, hat sich der Reichsarbeitsminister Bauer im Auftrage der Regierung nach dem Ruhrbezirk begeben, um mit den ausständigen Bergarbeitern Verhandlungen über die Streiforderungen zu führen, da die Streikfrage einen außerordentlich ernsten Charakter angenommen hat. Wie verlautet, beschäftigt die Regierung, den Streikenden das Zugeständnis zu machen, den Sechstundentag einzuführen. Man hofft, daß mit dem Zugeständnis der Streik seine Beendigung finden wird.

Essen, 9. April.

Auf sämtlichen Höhen mit Ausnahme von vier Schachtanlagen wird gestreikt. 410000 Mann sind ausständig.

Nach einer Mitteilung des Zentralzentralsrates trifft die Berliner Nachricht, daß ein Mitglied der Neueren Kommission verhaftet worden sei, nicht zu.

Herne, 9. April.

Hier fand eine Vertreterkonferenz aller der Herner Sicherheitszentrale angeschlossenen Sicherheitswehren des Industriebezirks statt. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an die streikenden Bergleute zur Wiederaufnahme der Arbeit zu richten. In diesem Aufruf wird den Arbeitsswilligen rüdhaftloser Schutz angelobt. Die Herner Sicherheitswehr verhaftete im Laufe des Tages eine Anzahl Streikposten.

Düsseldorf, 9. April.

Die Lage des politischen Generalstreiks hat sich insofern verschärft, als jetzt auch von den Arbeitern zahlreicher Betriebe wirtschaftliche Forderungen gestellt werden und zwar fordern sie einen Mindestlohn von 8,50 Mark für gelernte und von 8 Mark für ungelehrte Arbeiter. Der mit Entente-Lebensmitteln für Düsseldorf bestimmte Rheindampfer durfte auf Anordnung der belgischen Hafenbehörde am Düsseldorfer Hafen nicht anlegen, sondern mußte an der linken Rheinseite anker, wo das Schiff solange unter belgischer Bewachung bleibt, bis die Streit- unruhen beigelegt sind.

Leipzig, 9. April. (T. K.)

Zur Halleischen und Mansfeldischen Braunkohlenrevieren standen heute Abstimmungen über den Eintritt in den Generalstreik statt. Die Abstimmung hat eine Mehrheit gegen den Streik ergeben. Die Bergarbeiterföderation besteht wenig Rechtung für die Niederlegung der Arbeit.

Der Streik im Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier hat nunmehr auch auf das Zwicker Revier übergegriffen. Die Streifbewegung steht unter der Leitung des Berliner Spartakisten Bock und des sächsischen Kommunisten Rühle. Trotzdem die sächsische Regierung entschlossen ist, die weitgehenden Forderungen der Streikenden nicht zu befriedigen, beschäftigt sie dennoch eine Einigung auf dem Verhandlungsweg zu versuchen.

### Bauernstreik in Hessen.

Darmstadt, 9. April.

In der hessischen Volkskammer teilte heute Ministerpräsident Ulrich mit, daß die Landmieten im Kreise Bensheim in den Ausstand getreten seien, und daß gestern zu dem angelebten Viehauftrieb nicht ein einziger Stund angestieben worden sei. Die Stimmung, die dadurch in der Bevölkerung erzeugt worden sei, sei geradezu gefährlich. In Arbeiterkreisen herrsche große Erregung gegen die Landwirte und es seien Gewaltmaßregeln zu befürchten. Die Folgen könne niemand übersehen. Angeblich soll sich der Streik gegen den Viehhandel verbünden.

Wir haben niemals ein Heil daraus gemacht, welche Stellung wir einem Bauernstreik gegenüber einnehmen. Indes muß man der Gerechtigkeit wegen darauf hinweisen, daß die städtische Bevölkerung mit ihren unaufhörlichen wahnhaften Streiken der Landbevölkerung ein denkbar schlechtes Vorbild gibt. Wer selbst bei jeder Gelegenheit zu den ungeheuerlichsten Streiken übergeht, kann sich schließlich nicht wundern, wenn ein glorreiches Vorbild Nachahmung findet.

### Das Gespenst hinter den Zahlen.

Schiffers Etatsrede in der Nationalversammlung.

Weimar, 9. April. (Eigener Drucksbericht)

O. N. Die Nationalversammlung hat heute nach zehntägiger Pause ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Der Reichsfinanzminister Schiffer brachte den Reichshaushaltspunkt ein, den man früher kurz, aber mit einem Fremdwort „Etat“ nannte. Herr Schiffer gilt neben Erzberger als das arbeitsamste Mitglied der Regierung, und seine Rede legte Zeugnis dafür ab, wie gründlich er in seinem Reich der Zahlen zu Hause ist. Sein ernstes Streben und seine große Arbeitskraft setzt er an die gigantische Aufgabe, die deutschen Finanzen, die der Kriegsmobilisierung zerrüttete und die Entschädigungsforderungen unserer Feinde noch weiter zu verweitern drohen, wieder einer Gefundung zuzuführen. Sein Reichshaushaltspunkt weist erneute Ansätze in dieser Richtung auf. Er gibt selbst zu, daß es noch kein Friedensetat ist, aber ein erster und erster Schritt dahin. Die Ausgaben für alle Wehrzwecke sind im ordentlichen Etat enthalten, und der außerordentliche Etat bewegt sich in den engen Grenzen von acht hundert Millionen Mark. Darin sind allein die dreihundert Millionen Mark Entschädigungs gelder an die deutschen Reeder und zweihundert Millionen Mark für Zuschriften zu Wohnungsbauteilen enthalten. Der ordentliche Etat hat aber dafür die schwundende Höhe von fast 14 Milliarden erreicht, und was das Schlimmste an dieser Riesennummer ist: für 7 Milliarden ist keine Deckung vorhanden. Dieses Riesenloch im Reichsästheten soll durch neue Steuereinnahmen gestopft werden. Dabei verkündet Herr Schiffer, daß es sich hier um den Anfang eines ernsten Zustandes handelt. Der vorliegende Etat sei ein Durchgangsetat zum Schlimmsten. Noch wissen wir nicht, was wir an Entschädigungen der Entente zu zahlen haben werden, und auch der Anschluß Deutschösterreichs wird uns die Übervorhabe schwerer Lasten bringen. Die Höhe des Rentenfonds glaubt Herr Schiffer auf 4,1 Milliarden schätzen zu müssen, wobei nur der eine Trost bleibt, daß es sich hier nicht um dauernde Lasten handelt, sondern entsprechend dem Absterben der Kriegspensionsempfänger um eine allmählich, aber sicher fünftausend Summe. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß der Reichsfinanzminister zu einer ersten Sparsamkeit mahnt. Sehr berechtigt sind seine Warnungen vor einer Bürokratisierung des Wirtschaftslebens. Schade, daß der Reichswirtschaftsminister Wissell nicht diese Warnungen persönlich hörte. Was sich in seinem Nestor jetzt vorbereitet, bedeutet eine Versteinerung und Systematische Verfallung des Wirtschaftslebens, wodurch die leistungsfähige Steuerquelle, die Produktion, für die Zukunft in unerhörter Weise eingeengt wird. Und man könnte wünschen, daß Herr Wissell den Sozialisierungsgedanken discreditiert wird, wenn er seine Zwangseinrichtungen Geman einwirtschaftet nennt. Hier kann man höchstens von einer gemeinen Wirtschaft sprechen.

Einige sehr treffliche Worte fand der Reichsfinanzminister für die Presse. Die Behörden haben nach seiner Meinung die Presse bisher mit zu wenig Respekt und mit noch weniger Vertrauen behandelt. Das soll anders werden, und auch die Regierung will für das wirtschaftliche Nachrichtenwesen 800 000 Mark ausgeben sowie im Reichsministerium die Pressezeitung auf den ordentlichen Etat übernehmen. Wenn Herr Schiffer hier sagt, daß Geld allein es nicht tut, sondern daß es auf die Persönlichkeit ankommt, so hat er nur zu recht. Es wird Pflicht des Haushaltsschusses sein, zu prüfen, ob wirklich die richtigen Personen von der Regierung in Aussicht genommen sind, die unser behördliches Nachrichtenwesen erfolgreich umzugestalten vermögen.

Die einzelnen Steuerentwürfe sollen der Nationalversammlung nach und nach zugehen, und der Reichsfinanzminister will in enger Fühlung mit dem Wirtschaftsleben und im Einvernehmen mit den finanziell gleichfalls schwer bebrügten Einzelstaaten zusammenarbeiten lassen. Am Schluß seiner ein einhalbstündigen Rede wies Herr Schiffer darauf hin, daß unsere Finanzen sich nur ordnen lassen, wenn wir arbeiten. Wenn unser Volk nicht seinen Ruin will, dann müsse von dem organisierten Wohlsein des Streiks und des Lohnhöchstensatzes abgesehen werden. Nur so lasse sich das furchtbare Gespenst des Zusammenbruchs, das hinter den Zahlen dieses Etats stehe, bannen. Schließlich mahnte Herr Schiffer die Parteien zur Einigkeit in der Mitarbeit für unsere finanzielle Wiedergefundung. Seiner Rede wurde reicher Beifall zuteil. Ihre Besprechung soll erst morgen erfolgen, und so konnte der Präsident die Sitzung nach kaum zweistündiger Dauer schließen.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beschäftigte sich am Mittwoch weiterhin mit Einzelheiten des Abschnitts „Reichspräsident und Reichsregierung“. Neu eingefügt wurde auf Antrag Ablah die Bestimmung, daß in den nächsten 15 Jahren Mitglieder der im Jahre 1918 regierenden landesherrlichen Familien der jetzt zum Deutschen Reich gehörigen Länder nicht zum Reichspräsidenten wählbar sind. Artikel 68 sieht das Einheitsrecht der bevorstehenden Macht zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vor. (Vorlesungsfeststand.) Der Reichspräsident muß dazu unverzüglich die Genehmigung des Reichstages einholen. Hier wurde der Zusatz gemacht: „Unter Verantwortlichkeit des gesamten Reichsministeriums“. Eine längere Debatte entstand über die Dauer der Wahlperiode des Präsidenten. Der Entwurf schlägt sieben Jahre vor, sowie die Zulässigkeit der Wiederwahl. Dr. v. Delbrück beantragte drei Jahre, der Sozialdemokrat Fischer fünf Jahre und die Zulässigkeit nur einer einmaligen Wiederwahl. Der Entwurf blieb unverändert. Neu aufgenommen wurde als Artikel 72 a die Bestimmung, daß der Reichspräsident ohne Zustimmung des Reichstages nicht strafrechtlich verfolgt werden kann. Die weitere Beratung über den Abschnitt wurde unterbrochen und mit der Debatte über das Referendum begonnen.

### Kohle und Lebensmittel.

Haag, 9. April.

Außer den bereits in Hamburg eingetroffenen Dampfern mit Lebensmitteln sind gegenwärtig weitere sieben Dampfer mit zusammen 43 000 Tonnen Mehl, Getreide und Milch nach Hamburg, Bremen und Emden unterwegs. Nach den heutigen Verhandlungen in Rotterdam ist für die Beschlagnahme der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland die rechtzeitige Lieferung von Bunkerkohle von großer Bedeutung. Die Fortdauer des Streiks im Kohlengebiet würde daher die nach Überwindung großer Widerstände endlich in Gang gekommene Lebensmittelzufuhr aus Amerika unmöglich machen.

Chinas Forderungen. In einem heute bei der chinesischen Delegation auf der Friedenskonferenz telegraphisch aus Peking eingetroffenen Kommunikat bestellt die chinesische republikanische Regierung auf der Auflösung der 21 Forderungen Japans. Nach einer ausführlichen Darlegung der politischen und historischen Gründe für die Rechtmäßigkeit der Ansprüche erklärt die

chinesische Regierung zum Schluß, daß China jetzt die Abschaffung oder Änderung aller mit Japan im Jahre 1915 abgeschlossenen Vereinbarungen und Verträge verlangt, weil ihr Inhalt unvereinbar sei mit den Grundsätzen auf denen der Weltkrieg sich aufbaue.

### Würzburg besetzt.

Der Oberkommunist im Kleiderschrank.

Würzburg, 9. April.

Die Räteherrschaft wurde heute in Würzburg durch Soldaten, Bürger, Studenten und Arbeiter gestürzt. Vormittags wurde die Kaserne des 9. Infanterieregiments kampflos übernommen, mittags die Residenz (das Hauptquartier der Kommunisten) und darauf der Hauptbahnhof durch Maschinengewehr und Artillerie beworfen. Die Festung Marienberg, auf die vereinte Angriff dann stattfinden sollte, war von den Spartakisten geräumt worden. Durch die Bürgerschaft, die sich in den letzten Tagen eine wilde Grippe veranlaßt hatte, geht ein Aufstand der Bürgerschaft. Die von den Kommunisten verhafteten 16 Geiseln, darunter der zweite Bürgermeister, Reichsräte, Protokollier und Mehrheitssozialisten sowie Offiziere wurden unverzüglich freigesetzt. Soldatenrat Sauber von München, der vormittags hier eingetroffen war, um die Artillerie für die Kommunisten zu gewinnen, wurde knapp an der Artilleriestaffel verhaftet und festgehalten. Der Hauptaufwiegler Maibl, der sich im vierten Stock der Residenz in einem Kleiderschrank versteckt hatte, wurde aufgespürt und nach seiner Aburteilung entgegen. Von den Regierungstruppen sind vier Männer tot, von den Spartakisten, soweit bisher festgestellt wurde, zwei tot und mehrere verwundet. Außerdem wurden zwei Zivilisten getötet.

Nürnberg, 9. April.

Der gestrige Teilstreik ist zu Ende. In allen Betrieben wird gearbeitet.

Bamberg, 9. April.

Die Sicherung der Regierung soll nach außen konzentrisch weiter geführt werden. Man hofft bestimmt, Oberbayern wieder hold reflexiv in die Hand zu bekommen. München und der Süden wird jetzt von der Kohlengefahr abgeschnitten. Wie bereits bekannt, hat die Landbevölkerung beschlossen, keine Lebensmittel mehr nach München und Augsburg zu liefern. Was daraus werden wird, ist noch nicht abzusehen. Man weiß nicht, wie die Räteregierung sich unter diesen Umständen dort fest halten kann. In Ingolstadt war die Republik einen halben Tag lang proklamiert. Dann sah der Bürgerkrieg ein, dem sich auch die dort anwesenden Truppenkörper vollständig anschlossen. Es kam zu einigen Straßenschlachten, bei denen drei Männer gefallen sein sollen. Die Stadt steht jetzt vollkommen zur Regierung Hoffmann.

### München abgeschnitten.

Berlin, 9. April. (Privat)

München ist seit heute nachmittag weder telefonisch noch telegraphisch zu erreichen, angeblich wegen Streiks.

### Bruch Wilsons mit der Friedenskonferenz?

Amsterdam, 9. April.

Dem „Algemeen Handelsblad“ wird aus London gemeldet: Der Pariser Korrespondent des „Daily Chronicle“ teilt mit, daß Wilson unter dem Eindruck der fortwährenden Entwicklung des Bolschewismus steht. Der Präsident hat das Börgern der Friedenskonferenz fast und beschlossen, die europäischen Friedensmacher ihre eigene Suppe kochen zu lassen. Die „New York Times“ hoffen, daß sich Wilson und Wood George allen Annexionen energisch widersetzen werden. Die „Daily News“ schreiben, der Militarismus sei in der französischen Uniform nicht lieblicher als in der preußischen. Eine neue Weltgenossenschaft müsse nicht allein Frankreich, sondern allen Vätern Schuh gewähren, und um das zu erreichen, müsse man zu den vierzehn Punkten zurückkehren.

Genua, 9. April. (T. K.)

Wie aus Paris berichtet wird, werden nach Unterzeichnung des Präliminarfriedens die Beziehungen der Alliierten nicht nur mit Deutschland, sondern mit allen Angehörigen des Konzerns der Mittelmächte wieder aufgenommen werden.

### Die Schuld Wilhelms II.

England und Frankreich für Auslieferung des Exkaisers.

Paris, 9. April. (Diplomatischer Situationsbericht)

In beiden Dienstagsitzungen wurde die politische und administrative Lösung der Frage des Saarbedens erörtert. Zu einem endgültigen Beschuß kam man nicht. Der Nachmittagsitzung wohnte Wilson bei. Verhandelt wurde die Frage der Verantwortlichkeit. Die britischen und französischen Delegierten sind in der Anerkennung der Schuld Wilhelms II. in der Forderung nach Auslieferung und Verantwortung vor einem internationalen Gerichtshof einig. Die amerikanischen Delegierten erkannten die Schuld Wilhelms II. an, sahen jedoch keine rechtliche Möglichkeit zu seiner Verfolgung. Man erhofft einen Ausgleich zwischen den beiden Auffassungen.

### Letzte Nachrichten

Die Berliner Metallindustriellen nehmen an. Zu dem gestern abend verhängten Schiedspruch des Schlichtungsausschusses hat die heutige stattgehabte außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller Stellung genommen und folgende Entschließung gefasst: Obwohl der Schiedspruch in vielen Punkten die Grenzen überschreitet, innerhalb deren eine der deutschen Volkswirtschaft ersichtliche Weiterführung der Betriebe möglich erscheint, nimmt der Verband den Schiedspruch im Interesse des Friedens an.

Die Betriebsversammlung der Angestellten der Bergmann-Elektricitäts-Werke, A.G., Berlin, findet heute, mittags 1 Uhr, in den „Pharusälen“, Müllerstraße 142 statt.

Berantwortliche Redakteure: für Außen Politik: Dr. Erich Mahr, Charlottenburg; für innere Politik: Dr. Walter Beetz; für Kommunalen: Groß-Berlin; Geschäftsführung und den übrigen Teil: Heinrich Beppenheimer; Berlin; für Guilloison und Zöglinge: Unternehmensabteilung; Georg Gieseck; Solingen; für den Unterstaat: Paul Erbs.

Druck und Verlag: Rudolf Rosse, Berlin.

Preis zu 1 Weiß



